

Offener Brief des Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Frankfurt

An Mike Josef (Oberbürgermeister), Elke Voitl (Stadträtin Soziales und Gesundheit), Wolfgang Barth (JJ), Sophie Hanack (Aidshilfe), Gabi Becker (idh), Christine Heinrichs (Frankfurter Verein), Jerome Golder (VAE), Andreas Ruhl (Drogenreferat, Zuständigkeit Beschwerden Drogenhilfe) und die interessierte Öffentlichkeit

### **zur Abweisung von Hilfesuchenden in Drogenhilfeeinrichtungen:**

Wir sind erschöpft und wir sind fassungslos. Erschöpft von der immer gleichen Diskussion und fassungslos darüber mit welcher neuen Spitze an Inhumanität wir uns dieses Mal auseinandersetzen müssen.

Wir, das sind Sozialarbeiter\*innen, die in verschiedenen Trägern der Drogen- und Wohnungslosenhilfe in Frankfurt tätig sind oder waren. Wir kennen die Situation seit Jahren. Wir wissen, dass es Probleme gibt, ja. Wir wissen, dass alle Jahre wieder die Diskussion um den Frankfurter Weg (wieder) aufflammen und, dass immer wieder Nachbar\*innen und Politiker\*innen mit repressiven Ideen durchgreifen möchten.

Worüber regen wir uns diesmal wieder auf? Wir regen uns auf über die Ankündigung des Vereins Jugendberatung und Jugendhilfe (JJ e.V.), die Angebote des Vereins nur noch Konsument\*innen aus Frankfurt zugänglich zu machen. Der Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef fordert und unterstützt dies ausdrücklich. Den Anfang machen soll ab dem 17.06 der Drogenkonsumraum in der Elbestraße. Erfahren haben wir hiervon nicht über unsere Arbeitgeber. Oder über eine offizielle Mitteilung der Stadt Frankfurt. Sondern über eine kleine Randbemerkung in den Radionachrichten des HR-Info-Radios am 16.06.2025.

Warum regen wir uns auf? Wir bemühen uns zu erklären, aufzuklären und zu vermitteln. Denn das ist Teil unserer Profession. Es gehört zu unserem Job, Menschen Gehör zu verschaffen, die nicht gehört werden. Weil sie arm sind, weil sie Drogen konsumieren, weil sie keine Wohnung haben, weil sie keine Meldeadresse haben oder weil bei ihnen eine psychischer Erkrankung festgestellt wurde.

Es gehört zu unserem Job, in Dialog zu treten mit Menschen, die unseren Blick nicht haben, unsere Meinung nicht teilen. Dass Geschäfte und Hotels vor allem die negativen Rezensionen über eine Umgebung sehen, die Teil ihrer wirtschaftlichen Existenz ist. Eine wirtschaftliche Existenz, die obdachlose Menschen und Drogenkonsument\*innen im öffentlichen Raum als störend und geschäftsschädigend wahrnimmt. Eine wirtschaftliche Existenz, die ausklammert, wie viele Menschenleben die Repressionen, die sich viele gegenüber der „Frankfurter Drogenszene“ wünschen, kosten würde. Eine wirtschaftliche Existenz, die gleichzeitig von genau dieser Szenerie lebt. Die Behauptung Hotels, Kneipen, Bars und Clubs im Frankfurter Bahnhofsviertel würden hauptsächlich von Menschen leben, dies sich genau von dieser „verruichten Szenerie“ aus Party, Elendstourismus, Rotlicht und Konsum angezogen fühlen, lässt sich nicht mit stichfesten Erhebungen belegen. Aber wer schon einmal am Wochenende eine Toilette in einem Club oder einer Kneipe im Viertel besucht hat, bekommt leicht den Eindruck, dass dortige Konsumvorgänge die offiziellen Konsumzahlen der Konsumräume problemlos übersteigen können. Wir wissen auch, es ist bereits Wahlkampf und die FDP muss sich wieder profilieren, nachdem sie im Bund ihre Bedeutung verloren hat.

Ja, wir sind genervt davon immer wieder zu wiederholen, dass Drogenabhängigkeit eine Krankheit ist und niemand „einfach so“ aufhören kann. Dass erzwungene Therapie nichts bringt

und dass Drogenkonsumierende nicht zu den Hilfesystemen kommen, sondern zu den Drogen. Ja, wir sind es leid, zu wiederholen, dass Waffenverbotszonen, Kameras und so hohe Polizeipräsenz vor allem zu weiterer Stigmatisierung von Menschen führt und nicht zu mehr Sicherheit.

*Rest in Peace an dieser Stelle für den wohnungslosen, drogenkonsumierenden Mann, der ermordet wurde von jemandem, der extra dafür nach Frankfurt ins Bahnhofsviertel fuhr. Ein Mann, der lieber in Haft wollte als selbst wohnungslos zu werden (siehe FR Artikel vom 08.03.25: „Mann stirbt im Bahnhofsviertel in Frankfurt durch Messerstiche“ und Hessenschau vom 25.04.25: „Getötet, um ins Gefängnis zu kommen: Lebenslang für Mord an Rollstuhlfahrer“).*

Wir sind genervt von all dem, aber wir wissen wir müssen diese Diskussionen führen. Meinungsvielfalt ist ein wichtiges Gut in unserer Gesellschaft und Gespräche sind wichtig. Nur so können wir uns weiterentwickeln. Was uns aber erschöpft, wofür wir kein Verständnis haben ist, dass nun Sozialarbeitende, die mit dem Verteilen von sauberen Konsumutensilien in der Taunusanlage der 90er-Jahre den "Frankfurter Weg" mit begründet haben, mitmachen bei diesen würdelosen politischen Spielen!

Ja! Wir sind auch der Meinung, dass andere Städte in die Verantwortung gezogen werden müssen. Wir brauchen mehr und bessere Unterstützungsangebote. Wir brauchen viel mehr Drogenkonsumräume in Deutschland, viel mehr voraussetzungsarme Schlafplätze, von housing first gar nicht zu sprechen. Wir brauchen mehr Substitutionsplätze, bessere Gesetze. Überall. Das werden wir aber nicht erreichen, wenn wir in Frankfurt Menschen abweisen, die nicht aus Frankfurt sind! Selbst wenn diese Menschen in die Städte zurückkehren würden, aus denen sie oder ihr Pass stammt, selbst dann würde das nicht (rechtzeitig) zu mehr Hilfsangeboten führen. Dafür sind es nicht nur zu wenige. Es sind Menschen ohne Macht, ohne Lobby. Bayern zum Beispiel hat seit Jahren die höchsten Drogentotenzahlen und wirklich engagierte Sozialarbeitende in der Drogenhilfe und Bayern weigert sich trotzdem wie eh und je eigene Drogenkonsumräume zu öffnen.

Und selbst wenn sich etwas verändert, wie der neuste Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 17.06.25 "Frankfurt-Hilfseinrichtung weist süchtige ab - neue Drogenpolitik" über Südhessen behauptet, dann sicher nicht in der Geschwindigkeit, in der jetzt schon Menschen abgewiesen werden sollen.

Der Leiter des Drogennotdienstes wird zitiert: "Wer die Droge [Crack] unkontrolliert einnehme, lebe meistens nicht lange." Und nun scheint er vor zu haben, diesen Vorgang noch zu beschleunigen. Denn wer Drogen konsumiert und Hilfe benötigt, aber keinen Zugang zu Hilfseinrichtungen hat, der hört nicht auf zu konsumieren. Dem werden weniger Möglichkeiten der Unterstützung für den kontrollierten Konsum oder gar zum Ausstieg geboten. Menschen Hilfe zu verweigern wird nur zu mehr Infektionskrankheiten führen, zu mehr Verelendung, zu mehr Drogentoten und zwar in Frankfurt und in den anderen Städten.

Das sind keine neuen Erkenntnisse. Das ist das, was die Suchtforschung seit Jahrzehnten evidenzbasiert belegen und beweisen kann. Warum Mike Josef, der selbst kurzzeitig in Frankfurt einst Soziale Arbeit studierte, Erkenntnisse der Forschung dermaßen dumpf ignoriert und in plumpsten Sozialpopulismus verfällt, kann er vermutlich selbst auch nicht beantworten. Menschen sind aber kein Müll. Wir fordern Schutz statt Verdrängung, Solidarität statt falscher Standortlogiken und Menschenwürde statt Profitinteresse. Fight poverty, not the poor.

Versteht das ruhig als Hilferuf. Seid keine Arschlöcher, verweigert Menschen keine Hilfe.

Solidarische Grüße

AKS FFM

Arbeitskreis  
Kritische  
Soziale Arbeit  
Frankfurt